Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

Bezugspreis: Durch die Geschäftsstelle monatl. 1.50 Mk., von der Post abgeholt vierteljährlich M. 4.50, durch Postboten ins Haus gebracht M. 5.40 Erscheint täglich ausschl. Sonn- und Feiertags. Geschäftsst.: Bocholt, Nordstr. 27 (Fernspr. 92.) Rhede: Jos. Heinrichs Anholt: Wilhelm Molling.

Anzeigenpreis: Für Einheimische die Kleinzeile oder deren Raum 20 Pf., für Auswärtige 25 Pf. Textanzeige kosten die Kleinzeile 80 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß. Auskunft- und Angebotsgebühr 25 Pf. Bei Klage-Erhebung. Konkursen u. s. w. wird der bewilligte Nachlaß hinfällig

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Liedern und Werth

48. Jahrgang — Mittwoch, den 29 Oktober 1919 — Nummer 258

Das Reichsnotopfer nach der zweiten Lesung.

Berlin, 27. Okt. Der Gesetzentwurf über das **Reichsnotopfer** ist in zweiter Lesung im Ausschuß der Nationalversammlung **angenommen** worden. Die **Beschlüsse der ersten Lesung,** nach denen die Abgabepflicht auch auf die Reichsbank die Kirche und auf die religiösen Gemeinschaften ausgedehnt werden sollte, sind wieder aufgehoben worden. **Von der Abgabefreiheit der Sparkassen,** die nach dem Entwurf für alle Sparkassen ausnahmslos gelten sollte, werden nunmehr nur die **Sparkassen betrofen, die sich auf den eigentlichen Sparverkehr beschränken.** Danach sind Sparkassen, die neben dem Sparverkehr noch **Erwerbsgeschäfte** irgend welcher Art betreiben, **abgabepflichtig.**

Bei § 15, **der die Frage der Abzüge** regelt, ist mit Rücksicht auf die **kleinen Kapitalisten** folgende Bestimmung getroffen worden:

Von dem Vermögen ist **abzuziehen:** Bei Abgabepflichtigen **mit einem steuerbaren Vermögen von nicht mehr als 100 000 ℳ,** die weder einen Anspruch auf Pension oder Hinterbliebenenfürsorge, noch einen Anspruch der in § 10, Ziffer 1—3 genannten Art (Ansprüche an Witwenkassen usw., aus Kranken- und Invalidenversicherungen, Ansprüche auf Renten usw.) haben: a) im Alter von 45 bis 60 Jahren ¼, b) im Alter von über 60 Jahren ⅓ des steuerbaren Vermögens bis zu 50 000 mäßigt sich die Abgabefreiheit zu a) auf , zu b) auf ¼. Diese Vergünstigung tritt nicht in Kraft, falls gemäß § 25 Abs. 1 die ganze Abgabe zinslos gestundet wird.

Bezüglich der **Berggewerkschaften** wird in § 17 festgesetzt, daß an die Stelle des Stamm- und Grundkapitals ein Betrag tritt, der aus Erwerbspreis und den Anlagekosten, abzüglich der Schulden und Deckungen hierfür zu berechnen ist. Diese Bestimmung ist dahin ergänzt worden, daß mit Genehmigung der Veranlagungsbehörde an Stelle des obigen Betrages der Betrag des Kapitalkontos, sofern die Berggewerkschaften in ihren Büchern ein solches führen, zugrunde zu legen ist. — In § 18a, wonach das gewerbliche Betriebsvermögen mit 80 Prozent seines Wertes eingesetzt werden soll, wurde Absatz 2, daß nur bestimmte Beträge des Betriebsvermögens im steuerlichen Sinne zu bezeichnen seien, gestrichen und das in einem **gewerblichen Betriebe** arbeitende Vermögen jeder Art dieser Bestimmung unterworfen. — Der Termin für den Beginn der **Verzinsung** der Vermögensabgabe wurde gemäß der ursprünglichen Regierungsvorlage wieder auf den 1. Januar 1920 verlegt, Zum Schluß wurde noch ein § 50a eingefügt, der die Entschädigungsfrage der Deutschen aus den abzutretenden Gebieten behandelt, die ihren Hausrat infolge der kriegerischen Ereignisse verloren haben. Weitere Aenderungen von wesentlicher Bedeutung an dem Gesetzentwurf wurden in der zweiten Lesung nicht vorgenommen.

*

Niederlage der Birkenfelder Regierung.

Birkenfeld, 27. Okt. Bei der gestrigen Wahl zur Landesversammlung erhielten die durch Wahlvorschlag **vereinigten Parteien** (Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Bauernbund, Mehrheitssozialisten) zusammen 13 004 Stimmen, die Liste der Regierungspartei 1822 Stimmen, die Unabhängige Soz. Partei 47 Stimmen. Auf die vereinigten Parteien entfallen somit 23, auf die Regierungspartei nur 2 Sitze in der Landesversammlung. Die republikanische Regierung, hat somit eine vernichtende Niederlage erlitten.

Ein eigenartiger „Feiertag".

München, 27. Okt. Wie die „Münchener Post" meldet, ist in der gestrigen Sitzung des Gesamtausschusses der sozialdemokratischen Vereinigung Münchens einstimmig eine Entschließung angenommen worden, in der der Parteivorstand aufgefordert wird, Schritte zu unternehmen, damit der **9. November** von der Nationalversammlung als Nationalfeiertag erklärt wird.

Unternehmergewinn und Gewinnbeteiligung.

Sofern die **Sozialisierung** nicht die völlige Verstaatlichung eines Wirtschaftszweiges oder die volle Vegesellschaftung der Produktionsmittel eines solchen in sich begreift, kann sie sich auch vollziehen durch eine Reihe von **Einzelmaßnahmen.** In letzterem Fall wird man als Ziel der Sozialisierung vornehmlich die stärkere Beteiligung der Arbeiter an den Reinerträgnissen einer Unternehmung und eine größere Einflußnahme auf die Leitung selber anzusehen haben. Von den Befürwortern einer Sozialisierung, insbesondere aus den Kreisen der Arbeitnehmer, wird auch als Zweck die Erzielung starker seelischer Wirkungen zur Weckung größerer Arbeitsfreude und Arbeitslust und damit die Hebung der Produktivität der Betriebe bezeichnet. Je nachdem man nun das einzelne Ziel in den Vordergrund rückt, kommen als Mittel der Sozialisierung in Betracht die Arbeiterausschüsse und Betriebsräte, die Umwandlung von Privatbetrieben in gemischwirtschaftliche Betriebe, die **Gewinnbeteiligung.**

Die Gewinnbeteiligung, die bisher von einzelnen ideal gesinnten Unternehmern versucht worden ist, hat sich in größerm Umfang bei den Arbeitern nicht durchzusetzen vermocht. Danach dürfte diese Maßnahme, so einfach sie unter dem Gesichtspunkte der Zuweisung eines bestimmten Anteils vom Reinertrag an die einzelnen Arbeitnehmer auf den ersten Blick erscheint, dies in der praktischen Durchführung nicht sein. Und doch müssen wir, wenn nun einmal sozialisiert werden soll und muß, aus den Theorien und den Worten zu einer aufbauenden Praxis kommen. Erinnert werden darf da u. a. an den Plan einer **Werksgemeinschaft,** den auf dem Parteitag der Deutsch-nationalen Volkspartei im Juli der ehemalige Leiter der Kruppschen Werke, Hugenberg, entwickelt hat, der hier betonte, man müsse im Augenblick von von Stein und Hardenberg lernen. Aehnlich wie sie den Grundbesitz aufteilten, sollte man den Arbeitern und Angestellten einen Teil der Fabriken gegen Entschädigung überlassen. Den Leitern der großen Werke werde es gleich sein, ob sie mit dem Publikum, mit Börsenleuten oder mit ihren eignen Angestellten als Aktionären zu wirtschaften haben würden. Vielleicht würden die Werke sogar dadurch vom Börseneinfluß unabhängiger. Nötig sei, daß zu diesem Zweck eine kleine Aktie von 50 ℳ geschaffen werde.

Im einzelnen entwickelte Hugenberg seinen Plan dahin, soweit die Erwerbung der Aktie unmittelbar durch bare Einzahlung nicht möglich sei, würde sie im Wege des Lohn- und Gehaltsabzuges unter entsprechender Gutschrift eines Anteils am Aktienbesitz erfolgen dürfen. Für beide Fälle müßte die Werksgemeinschaft gewissermaßen Abrechnungsbank sein, die im Falle des Ausscheidens aus der Beschäftigung die Anteile auf Wunsch zurücknehme und weitergebe, widrigenfalls der Anteilbesitzer mit seinem Besitz aus der Werksgemeinschaft ausscheide, also sozusagen kapitalistischer Besitzer werde. Das Vorgehen müßte sich — zum mindesten vorläufig — auf die ganz großen, schon mehr unpersönlich geleiteten Werke beschränken und unter allen Umständen die Mehrheit des Kapitals der Unternehmungen in den Händen der bisherigen Besitzers lassen. Sollte der Versuch sich bewähren und daraus schließlich einmal der Alleinbesitz der Arbeiter und Angestellten an den großen Werken hervorgehen, wohlgemerkt, nachdem der Versuch sich bewährt habe und wenn dann noch Wert darauf gelegt werde, nun, so müsse es den bisherigen Alleininhabern recht sein. Die kleine Aktie neben dem Stücklohn empfahl auch Mitte Oktober 1919 Abgeordneter Generaldirektor Vögler auf dem Parteitag der deutschen Volkspartei in Leipzig.

Man darf nicht glauben, daß durch eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer auf diesem oder jenem Wege das Problem einer höhern Beteiligung am Unternehmergewinn nun auch **volkswirtschaftlich** einwandfrei gelöst sei. Vorausgesetzt, daß es den Arbeitnehmern gelingt, vermittels eines höhern Lohnes sich eine bessere Lebensstellung zu verschaffen, so kann diese Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nur dann nachhaltig und dauernd sein, wenn Vorsorge getroffen wird, einem vermehrten Konsum auch eine **stärkere Kapitalbildung** gegenüberzustellen. Nicht nur nach der Richtung hin, daß nach wie vor ein Teil des „Mehrwertes" dazu verwandt werden muß, den Betrieb selbst wirtschaftlich und technisch auf der Höhe zu erhalten. Ein restlose Ausschüttung der Betriebsüberschüsse als Dividenden, Löhne und Gehälter würde jede Kapitalbildung unmöglich machen und den Betrieb bald der völligen Verarmung anheimfallen lassen. Eine solche Sozialisierung würde die Arbeiter selbst am meisten schädigen. Nein, die Kapitalbildung muß auch die ganze Volkswirtschaft umfassen, Eine Sozialisierung, die die Dinge nur vom Gesichtspunkt des Konsums, nicht auch der Erzeugung, behandeln würde. muß zum duktivität der Arbeit, eine **Gesamtertragssteige-** Ruin führen. Deshalb ist eine vermehrte Prorung notwendig. Wenn die Arbeitnehmer weniger Zeit arbeiten, also auch auf diesem Wege sozialisieren wollen, so werden sie intensiver arbeiten müssen. Wie die Dinge aber auch heute noch liegen, ist im Interesse einer Ergiebigkeit der einzelnen Betriebe und unserer Volkswirtschaft eine Wirtschaft mit **direktoren- und unternehmerfreien Betrieben einfach ausgeschlossen.** Und wenn die Arbeitnehmer, Arbeiter wie Angestellte, betonen, daß sie in der neuen Zeit zwecks Steigerung der Produktivität der Arbeit **seelischer Antriebe,** wie sie z. B. die Betriebsräte vermitteln sollen, nicht entbehren können, dann darf auf der andern Seite nicht übersehen werden, daß auch der Unternehmer sein Seelenleben hat, das eingestellt ist auf persönliche Bewegungsfreiheit und private Initiative.

terische Notwendigkeit. Von dieser Erwägung ausgehend hat zwischen einer Vertretung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands und einer Vertretung des Vorstandes des Verbandes der kath. Arbeitervereine (Sitz Berlin) eine Aussprache über die unter den deutschen Katholiken auf gewerkschaftlichem Gebiete obwaltenden Meinungsverschiedenheiten und Mißverständnisse stattgefunden. Dabei ergab sich Uebereinstimmung in folgender Auffassung:

1. Eine Gewerkschaft, die für katholische Arbeiter geeignet sein soll, muß so beschaffen sein, daß sie als solche ihren Mitgliederrn die Möglichkeit bieten, die gewerkschaftliche Tätigkeit auch vom Standpunkte der Religion und Moral zu beurteilen, zu beeinflussen und entsprechend zu behandeln. Insbesondere dürfen Mitglieder nicht benachteiligt werden, wenn sie auf Grund religiöser Verpflichtungen nach den allgemein maßgebenden kirchlichen Normen gewerkschaftlichen Maßnahmen nicht zustimmen können.

2. Gegen die gemeinsamen Arbeitseinstellungen an sich ist vom Standpunkte der Moral nichts einzuwenden, sie kann allerdings durch Absichten, Umstände und Mittel verwerflich werden. Eine Arbeitseinstellung unter **Anwendung ungerechter Gewalt ist zu verwerfen.**

3. Wir stehen vor einer Neuformung unseres Wirtschaftslebens. Die Schaffung von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern auf gesetzlicher Grundlage und freien Arbeitsgemeinschaften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat eine stärkere Bindung unserer Wirtschaft zur Folge, welche die Bildung friedlicher Einrichtungen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse insbesondere gewerbliche Einigungsämter, mit entscheidenden Vollmachten, fordert. Diese Forderung wird sowohl von den katholischen Arbeitervereinen als auch von den christlichen Gewerkschaften mit Nachdruck vertreten.

4. Die Lösung der den Arbeitervereinen und Gewerkschaften gemeinsamen Aufgaben soll dadurch gefördert werden, daß aus Vertreten beider Organisationen ein Ausschuß gebildet wird.

Die beiderseitigen Verbandsvorstände haben diesen Leitsätzen zugestimmt vorbehaltlich der Genehmigung der Vertreterversammlungen ihrer Organisationen.

Spaltung der Kommunisten.

Hamburg, 26. Okt. Ein Aufruf der Hamburger „Kommunistischen Arbeiterzeitung" enthält die Mitteilung, daß die Zentrale der kommunistischen Partei auf ihrem Parteitag Leitsätze vorgelegt hätte, deren letzter Vermerk trug, daß alle Genossen, die nicht auf dem Boden der Leitsätze ständen, aus der Partei auszuscheiden hätten. 18 von den 43 Abgeordneten hätten gegen die Leitsätze gestimmt und seien deshalb aus der Partei ausgetreten, um eine **Nebenorganisation** ins Leben zu rufen.

*

Generalfeldmarschall von Haeseler gestorben.

Berlin, 27. Okt. Generalfeldmarschall Graf v. Haeseler ist gestern im Alter von fast 84 Jahren auf seinem Gut Harnekop im Kreise Oberbarnim gestorben. Haeseler war bekanntlich vor dem Kriege kommandierender General in Metz, wo er durch die kriegsgemäße Ausbildungsart von sich reden machte. Daneben war er aber neben seiner soldatischen Einfachheit ein Mann, der auch in dem gemeinen Mann den Menschen achtete, was ihm zu großer Popularität verhalf. Im Kriege hat er seines vorgerückten Alters wegen keine Rolle gespielt.

Die Kohlennot in Süddeutschland.

München, 27. Okt. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Infolge eines Beschlusses des Ministerrats ist an den Kanzler sowie an den Reichswirtschaftsminister je ein Telegramm gerichtet worden, in denen der bayerische Ministerrat seine Auffassung betont, daß die in Süddeutschland herrschende Kohlennot zur Katastrophe führen muß, wenn nicht die Einstellung des Eisenbahn-Personenverkehrs auf etwa 10 bis 14 Tage erfolge. Gleichzeitig wird ersucht, zur Beratung dieser Maßnahme die Verkehrminister der einzelnen Länder sofort nach Berlin zu berufen. — Dazu erfährt das W. T.-B. von zuständiger Stelle: Die Kohlennot in Süddeutschland ist eine Folge des **niedrigen Wasserstandes der Flüsse,** der einen Transport auf den Wasserstraßen ausschließt. Vorbereitungen zur Einstellung des Personenverkehrs sind von den zuständigen Stellen bereits getroffen worden, doch erscheint es fraglich, ob dieses Mittel nach den schlechten Erfahrungen in Oberschlesien und Ostpreußen angewendet werden muß. Eine Freimachung der nach Süddeutschland führenden Bahnlinien wird voraussichtlich notwendig sein. Es ist zu hoffen, daß sich dabei die für das Wirtschaftsleben so überaus schädliche Wirkung einer Aussetzung des gesamten Personenverkehrs vermeiden lassen wird. In welchem Maßstabe eine solche Freimachung durchzuführen ist, wird noch Gegenstand der Prüfung der betr. Behörden sein müssen.

Das Ende des Gewerkschaftsstreikes.

Berlin, 27. Okt. Zwischen den Vertretern des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften und des Verbandes der kath. Arbeitervereine (Sitz Berlin) haben in den letzten Tagen Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Einigung auf folgender Grundlage geführt haben:

Die gewerkschaftliche Zusammenfassung zwischen Arbeitern und Angestellten ist eine gebie-

Krieg und Frieden.

Die Ostseeblockade.

Berlin, 27. Okt. Da die von der Entente zugestandene Milderung der Ostseeblockade **nur die Aufnahme der Küstenschiffahrt** in bescheidenem Umfang ermöglicht, hat sich die deutsche Regierung in einer Note an die Entente gewandt, in der um **vollständige Aufhebung** der Ostseeblockade ersucht wird.

Der Abtransport der deutschen Truppen aus dem Baltikum.

Kowno, 27. Okt. Die Verhandlungen zwischen General v. **Eberhardt** und der litauischen Regierung über die Schaffung einer neutralen Zone längs der für den Abtransport der deutschen Truppen im Baltikum benutzenden Eisenbahnlinie führten dazu, daß sich die litauische Regierung mit dem deutschen Vorschlag einverstanden erklärte. Das innerhalb der deutschen Zone gelegene Gleisdreieck bei Wielze, das zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Bolschewistenfront für die litauische Armee von großer Bedeutung ist, wird durch litauische Infanterieposten in Höchststärke von einer Kompagnie gesichert werden.

Der Kampf mit den Bolschewisten.

Helsingfors, 27. Okt. Das russische Informationsbüro meldet: Die Lage ist noch **völlig ungeklärt.** An der gesamten Nordfront sind erbitterte Kämpfe im Gange. Die Bolschewisten konzentrierten gegen Judenitsch gut ausgerüstete und disziplinierte Moskauer Truppen. General Tscheremissow ist nunmehr der Oberbefehl über alle gegen Judenitsch operierenden bolschewistischen Truppen übertragen worden. Bei Kowno beschießen die Bolschewisten mit schwerster Artillerie Tag und Nacht den gesamten Frontabschnitt. Die Judenitschtruppen versuchen Zarskoje wieder zu erobern.

Hamburg, 27. Okt. Die „Hamburger Nachr." melden aus Kopenhagen, daß von der Sowjetregierung ein drahtloses Telegramm verbreitet werde, wonach die Bolschewisten nicht nur Zarskoje Selo und Lawlowsk zurückerobert haben, sondern auch **Tobolsk** in Sibirien genommen hätten. Die Bolschewisten gingen jetzt an allen Fronten offensiv vor.

Helsingfors, 26. Okt. Aus Mitau wird gemeldet, daß der Zentralrat für **Westrußland** und der Kommandierende der freiwilligen russischen Westarmee festlegten, daß Verträge im Namen des Kommandierenden in Finanz- und Handelsverträgen nur von mindestens drei hierzu von ihm auf Vorschlag des Zentralrates ernannten Spezialbevollmächtigten abgeschlossen werden dürfen. Hierzu seien ernannt: Baron Knorring, Baron v. d. Osten-Sacken und Major Neporochny.

Paris, 26. Okt. Mehrere Blätter melden, daß General **Franchet d'Esperay** nach den baltischen Provinzen entsandt wurde.

Unerhörte Ansprüche der Besatzungstruppen.

Mainz, 27. Okt. Zurzeit sind hier von französischen Offizieen und Behörden 1600 möblierte Räume und 700 Wohnungen im Stadtgebiet beansprucht worden, außerdem 140 unmöblierte Zimmer. Es handelt sich hierbei nur um die Räume, deren Beschaffung der Einquartierungskommission oblag; die durch Privatvermittlung beschafften Räume sind in diese Zahlen noch nicht einbegriffen. Auf Verlangen der Militärbehörden mußten 40 neue Fünfzimmerwohnungen und 50 neue Siebenzimmerwohnungen geschaffen werden. Der städtische Magistrat führt die Neubauten aus, während das Reich Bauherr bleibt, die Ueberteuerung übernimmt und das Gelände stellt. Ohne den Geländewert stellen sich die Kosten mit der Inneneinrichtung auf 20 Millionen Mark.

Deutsch-österreichische dauernde Not.

Breslau, 27. Okt. Die Schlesische Zeitung meldet: Trotz aller Beratungen der in Wien weilenden Ententekommission schreitet der **wirtschaftliche Zusammenbruch** weiter fort. So wird der Kohlenmangel zur Einstellung eines großen Teiles des Güterverkehrs führen. Da sich für die Wiener Bevölkerung die Kohlenbeschaffung als unmöglich erweist, steht Wien vor einer Kältekatastrophe, die durch die Schwierigkeiten in der Lebensmittelzufuhr erhöht wird.

*

Generalstreikgefahr in Spanien.

Rotterdam, 27. Okt. „Daily Expreß" meldet aus Madrid: Der Kongreß des Arbeiterverbandes in Barcelona erklärte den **allgemeinen Streik für den 3. November.** Die Regierung hat die Verfassungsgarantien für ganz Spanien aufgehoben.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 27. Oktober.

Die zweite Beratung des Haushalts des **Reichswirtschaftsministeriums** wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Böhmer** (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Minister **Schmidt:** Es sind in unserer Wirtschaft alle Ansätze zur Besserung vorhanden. In der

Ernährungsfrage

haben wir von Beschränkungen Abstand nehmen müssen. Das Brot ist besser geworden. Die Landwirte können mehr Kleie zurückhalten. Eine Vermehrung der Schweinezucht müßte unsere mäßige Kartoffelernte gefährden. Auf dem Gebiet der Viehablieferung habe ich Bedenken gegen scharfe Maßregeln. Wir werden versuchen müssen, in **ausländischem Fleisch** Ersatz zu finden. Die Schwierigkeit in der **Kartoffelablieferung** liegt neben der schlechten Ernte in den Transportverhältnissen. Holland und Polen werden uns liefern. Es müssen Kohlen für die Margarinefabrikation bereit gestellt werden, damit die Rationen beibehalten werden können. Wir sind bemüht, die wilde Konkurrenz in Lebensmitteln durch zentrale Einkäufe im Auslande einzuschränken. Die **1½ Milliarden zur Preissenkung sind verbraucht.** Für den kommenden Winter haben wir Getreide fest in der Hand bis Ende des Jahres, Fleisch bis Anfang Januar. Die Gemüseversorgung ist noch befriedigend, wenn auch teuer. Mit norwegischen Heringen sind wir bis in den März reichlich eingedeckt. Petroleumverteilung ist in Aussicht. Im allgemeinen ist die Versorgung erheblich besser geworden. Wenn wir durch Steigerung der Ausfuhr Devisen in die Hand bekommen, werden wir größere Einkäufe tätigen können. Amerika und Norwegen haben auch Lebensmittel gespendet. Diesen sei dafür herzlich Dank gesagt. (Bravo!) Handel und Industrie bieten ein anderes Bild. Die **Einfuhr** beträgt zurzeit ein Fünftel der Friedenseinfuhr, kostet aber 100 Prozent mehr. Die **Ausfuhr** steigt enorm. Sie beträgt fast ein Sechstel der Friedensausfuhr und hat den gleichen Wert. Die Rohstoffeinfuhr suche ich nach Möglichkeit zu begünstigen. Staatliche Unterstützung wird weiter möglich sein, freilich mit Berücksichtigung des Standpunktes der Konsumenten. Eine Vorlage wird dem Hause zugehen wegen eines schnellen Verfahrens gegen den **Wucher.** Die Frage des **Loches im Westen** wird geregelt werden durch geeignete Kontrolle. Die Regierung wird wegen der Frage der Goldzölle im Westen energische Schritte tun. Die Kohlenproduktion wird gesteigert werden durch Erhöhung der Belegschaften. Die Braunkohlenförderung nimmt zu. Wir werden aber den Personenverkehr noch mehr einschränken müssen, um den Güterverkehr zu heben. Die Arbeiterwohnungsfrage wird durch Barackenbau vorläufig zu regeln versucht. Die Bergarbeitergenossenschaften sollen an dem Wohnungsbau auf siedlerischer Grundlage mit Selbstbestimmungsrecht beteiligt werden. Wenn wir unserer Industrie nur Kohle geben könnten. Daher wird die Regierung allen politischen Streiks der Bergarbeiter ablehnend gegenüberstehen. Das Ausland bewundert die Energie unserer Industrie. Wenn uns aber die Entente nicht genügend Kohle läßt, um unsere Industrie zu versorgen, so können wir nicht zahlen. Fällt Frankreich in nervöser Hast in unseren begonnenen Aufbau zerstörend ein, so schädigt es auch sich. So ist auch die Ostseesperre nicht bloß uns zum Schaden. Sie löst Haß und Erbitterung aus.

Abg. Dr. **Braun** (Zentr.): Das Ministerium muß praktische Wirtschaftspolitik betreiben und es muß sich in drei Gruppen gliedern, Landwirtschaft, Gewerbe und Handel. Die Vorstände dieser drei Abteilungen müssen Fachmänner sein, einander gleichgestellt werden. Die volkswirtschaftliche Abteilung könnte eingeschränkt werden. Die Zwangswirtschaft muß abgebaut werden, wo sie unwirksam ist, was bei der Landwirtschaft mehr und mehr der Fall ist. Es bleibt nur der eine Weg übrig, die beträchtliche Erhöhung der Preise, was natürlich auch die Erhöhung der Löhne zur Folge hat. Diese Preiserhöhung ist besonders notwendig, um die Waren im Inlande zu behalten. Eine derartige Politik erstreben wir auch für die Industrie. Alle Braunkohlenreviere müssen erschlossen werden. Wo angängig, muß die Akkordarbeit eingeführt werden, sonst Stückarbeit mit Prämien für besondere Leistungen.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung.

Die Landesversammlung gegen die Schutzfilms.

Der neue Reichsminister des Innern hat uns neulich in der Nationalversammlung verheißen, daß alsbald die Filmzensur wieder eingeführt werden soll, um die Schweinereien in den Kinovorführungen zu beseitigen. Jetzt hat die preußische Landesversammlung einen weiteren Antrieb in dieser Richtung gegeben durch einen einmütigen Beschluß.

Einstimmigkeit ist bei unseren gespannten Parteiverhältnissen selten. Daher fällt sie besonders wuchtig in die Wagschale. Allerdings war von den „Unabhängigen" kein offenes Ja zu erreichen, aber doch wenigstens die Stimmenthaltung, also der Verzicht auf den Widerspruch. Auch darin steckt schon die Anerkennung daß es sich wirklich um ein hochgefährliches Uebel handelt, gegen das entschieden vorgegangen werden muß. Der Redner der Unabhängigen erkannte auch ausdrücklich an, daß in der Verurteilung der scheußlichen Auswüchse der Kinoindustrie Einmütigkeit herrsche. Um seine Abseitsstellung zu begründen, machte er nur geltend, daß mit „halben Maßregeln" das Ziel nicht zu erreichen sei. Aber wenn das Haus brennt, so muß man auch mit der ersten besten Spritze zu löschen versuchen; wenn sie für sich allein zur vollen Erstickung nicht ausreicht, so kann man doch schon etwas schützen und retten, bis die weiteren Spritzen in Tätigkeit treten.

Das Bessere darf nicht zum Feind des Guten werden. Die **Kommunalisierung** der Kinos, die bereits in der Nationalversammlung in Aussicht gestellt wurde, ist gewiß ein schöner Gedanke, doch wie lange wird es dauern, bis ein Gesetz über das Kinomonopol der Gemeinden fertiggestellt ist. Und wieviel länger wird es noch dauern, bis die Stadträte überall die entsprechenden Beschlüsse gefaßt und mit den privaten Kinos aufgeräumt haben? Bei den weiteren Schritten der Verstaatlichung der Filmerzeugung wird es noch mehr Hindernisse und Aufenthalt geben. „Wir aber", so sagte ein Redner mit Recht, „wollen **keinen Tag länger warten** auf den Schutz unserer Jugend gegen die schlimmen Wirkungen dieser infamen Aufführungen."

Der Ausschuß der Landesversammlung hat sich, um die Sache unverzüglich in Fluß zu bringen, auf das Allernotwendigste beschränkt. Vom Gesichtspunkt der Bevölkerungspolitik aus fordert er zunächst das Verbot der sogenannten Aufklärungsfilms, die das perverse, widernatürliche Geschlechtsleben der Jugend vorführen. Wenn die Zensur in Gang gebracht ist, wird sie natürlich noch weiter greifen müssen und auch diejenigen Lichtbilder verbieten, die überhaupt die Jugend zur Liederlichkeit anreizen. Der Redner der Unabhängigen meinte, die gerissenen Spekulanten, die der Unkultur dienten, würden von der Zensur nicht getroffen werden. Warum denn nicht? Wenn die Zensur zum Schutze der seelischen und leiblichen Gesundheit richtig gehandhabt wird, so ist die Spekulation auf lüsterne Lichtbilder lahm gelegt. Im Inlande kann alsdann der Schmutz nicht verwertet werden, und das Ausland nimmt diese schädlichen Erzeugnisse der „deutschen" Filmindustrie erklärtermaßen nicht auf.

Die Volksvertretungen haben das ihrige getan. Jetzt muß die **Regierung zeigen**, daß sie fähig ist zu einem schnellen und kräftigen Entschluß. Die sozialistischen Minister in der Regierung können ihre „programmatische" Scheu vor der Zensur um so leichter überwinden, da ihre Parteigenossen in der preußischen Landesversammlung dem erwähnten Antrag zugestimmt haben. Eile tut not; denn jeder Tag des Verzuges kostet uns einen Schatz von nationaler Sittlichkeit und Jugendkraft.

Westfalen und Rheinland.

r. **Buldern**, 27. Okt. Die am 30. ds. Mts. auf der Frhr. v. Rombergschen Rennbahn zu Buldern, Kr. Coesfeld, stattfindenden Pferderennen versprechen hochinteressanten Sport. Die Nennungen, sowohl für die Herrenreiten, wie für die landwirtschftl. Trab- und Galopprennen sind so zahlreich eingelaufen, daß mit sehr großen Feldern zu rechnen ist. Ponyrennen und Springkonkurrenz sorgen für ein abwechslungsreiches Programm, weshalb, zumal die Bahnverbindungen äußerst günstig sind, mit einem starken Besuch zu rechnen ist. Die Rennen beginnen pünktlich 12,30 Uhr.

* **Horst** (Emscher), 27. Okt. Tödlich verunglückt ist der Bergmann Anton **Eickmann** auf seiner Arbeitsstätte. Der Verunglückte ist weiteren Kreisen bekannt als Vorsitzender der Zahlstelle Horstmark I des Gewerkvereins christlicher Berg-Arbeiter.

* **Mengede**, 27. Okt. Aus einer Weide wurden in einer Nacht 3, dem Gutspächter Rohe gehörende **Pferde entwendet.** Die Kriminalpolizei Mengede fahndete eiligst und brachte die Täter und zwar Pferdehändler Büchte aus Recklinghausen-Süd und seine Komplizen Dietzert, Drescher und Molitor hinter Schloß und Riegel. Auch gelang es, die Pferde, die inzwischen in vierter Hand waren und nach Schlesien abgeschoben werden sollten, in Münster und Gladbeck zu ermitteln und dem Eigentümer zurückzubringen. Ferner wurde aus einer Weide in Nette ein Zuchthengst, dem Gutspächter Sträter gehörig, entwendet. Auch hier gelang es einem Kriminal-Wachtmeister, die Spur zu verfolgen. Der Hengst konnte lebend dem Besitzer nicht mehr zurückgebracht werden. Derselbe wurde von dem Kriminalbeamten zu Wurst verarbeitet in der Pferdemetzgerei Rollmann in Marten vorgefunden. Als Täter wurden Nisse und Glahe aus Huckarde ermittelt. — Wie man Schiebungen macht, beweißt ein anderer Pferdediebstahl. Aus einem Nachbarort wurd eines Tages angezeigt, daß aus einer Weide in Mengede ein Pferd gestohlen sei. Der Mengeder Kriminalpolizei erschien nach den angestellten Ermittelungen die Sache nicht recht glaubhaft und ging einer anderen Spur nach. Schließlich gelang es, einwandfrei festzustellen, daß der Anzeigende das Pferd verkauft bezw. vertauscht und den Diebstahl nur vorgeschoben hatte, um in den Besitz der Versicherungssumme von 10 000 Mark zu gelangen.

* **Oberhausen**, 27. Okt. **Vor Freude gestorben** Die Ehefrau Hoffmann in Alstaden erhielt die briefliche Mitteilung, daß ihr Sohn im Laufe der nächsten Woche aus englischer Gefangenschaft zurückkehren werde. Diese Freudenbotschaft erregte sie so sehr, daß sie tödlich vom Schlage getroffen wurde.

* **Königsteele**, 27. Okt. Die feierliche **Grundsteinlegung der katholischen Kirche** fand gestern nachmittag statt. Die Einsegnung des Grundstückes wurde durch Herrn Dechanten Claßen vollzogen. Hieran schloß sich im Saale Witteler eine starkbesuchte Festversammlung an. In den benachbarten Straßen war reicher Flaggenschmuck angelegt. — Im Betriebe der Zeche Eintracht tiefbau verunglückte der Bergmann August K. aus Steele tödlich.

* **Osterfeld**, 27. Okt. **Für 30 000 Mark Kleiderstoffe** wurden in der vorletzten Nacht dem Schneidermeister Seidelmann in der Hochstraße **gestohlen.**

* **Köln**, 27. Okt. **Eine Schieberbörse** wurde in einem Kaffeehaus in der Nähe des Domes ausgenommen. Es erschienen in einem Lokal plötzlich Beamte der staatlichen und städtischen Polizei unter Führung von Kommissaren und sahen die Papiere der Gäste nach. 30 Personen wurden festgenommen und der Polizeiinspektion in der Budengasse zugeführt. In dem Kaffeehaus wurde ein lebhafter Handel mit Papiergeld, Gold und Brillanten getrieben. Unter den Verhafteten befand sich ein Mann, der für 200 000 ℳ Brillanten und Goldwaren, die unverzollt waren, bei sich trug. Ein Teil der Festgenommenen wurde des Schleichhandels überführt.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 29. Oktober 1919.

k. **Arbeiterexercitien.** In der Zeit vom 24.—27 Dezember finden im Bischöflichen Exercitienhause zu (Arbeitervereinshaus, Schillerstraße) **Arbeiterexercitien statt.** Anmeldungen nehmen die Präsides der einzelnen Arbeitervereine jederzeit entgegen.

o. **Kath. Lehrlingsverein.** O wie herrlich ists im Kreis trauter Biederleute, die Kapelle spielte und die Jugend sang aus kräftiger Kehle! Die Eltern und Meister schmunzelten über den Frohsinn der Jugend und fanden es lieblich im Kreise derer, denen sonst allerdings mit Unrecht eine gute Portion Verrohung zulegt. Allgemein von Verrohung der männlichen Jugend zu sprechen, ist falsch, das zeigte die Veranstaltung am vergangenen Sonntag im Gesellenhause. Es liegt auch heute noch sehr viel Gold in der Seele unserer männlichen Jugend, es muß nur ausgemünzt werden. Mit wahrem Geschick verstanden es die Jungens, ihren Eltern und Meistern etwas Schönes zu bieten. Als zum Anfang die Schlagballmannschaft in ihrer schmucken Tracht, begleitet von der flotten Musik, den Reigen aufführte, und die verschiedensten Pyramiden stellte, da vergaß man die Sorgen des Alltags, man war im sonnigen Jugendland. Zwei Reiseonkels präsentierten sich dann in frisch gesungenem Duett und boten ihre Ware an. Am Barren und Reck leisteten die jungen Turner vorzügliches, manche Kürübungen, besonders die der beiden Vorturner, ernteten großen Beifall. Zwei Lustspiele „Die Bombe" und „Der Rheintrügt" setzte die Lachmuskeln der Anwesenden in Tätigkeit. Die Spieler bewegten sich mit einer großen Sicherheit auf der Bühne und wußten sich gut in ihre Rolle hineinzudenken. Der Präses sprach über die Notwendigkeit einer konfessionellen Jugendpflege: Kein Verein biete den Jungens soviel als der kath. Jugendverein, z. B. Bibliothek, Sparkasse, belehrende und religiöse Vorträge, Unterrichtskurse, Fußball-, Schlagball-, Turn- und Wanderabteilung. Darum sei es Pflicht der Eltern und Meister, die Jungens zum Beitritt zu diesen Vereinen anzuhalten, und mit dem Präses Hand in Hand zu arbeiten, damit wir uns eine Jugend erziehen, die gesund bleibt an Leib und Seele. Tapfer und Treu!

S. **Musikverein Bocholt.** Wie aus dem Inseratenteil der heutigen Zeitung hervorgeht, findet das Konzert des Dortmunder Madrigal-Chores (gemischter Chor) bestimmt am **Samstag, dem 1. November,** im Saalbau des Schützenhauses statt. Außerdem treten in dem Konzert noch namhafte Solisten auf. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises mehr, denn der Madrigalchor des Herrn Holtschneider hat in vielen großen Städten Deutschlands die besten Erfolge erzielt. Die Zuhörer werden einen reinen und vollen Genuß haben an der Geschmeidigkeit in der rhythmischen Bewegung, an dem rein tonlichen Empfinden der Sängerinnen und Sänger und der überaus sauberen Behandlung der Sprache. Die bereits gelösten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit, müssen aber in den Buchhandlungen Aloys Valk (rechte Saalseite) und Jos. Neyenhaus (linke Saalseite) umgetauscht werden. In den beiden vorbenannten Buchhandlungen und an der Kasse sind noch Karten zu 4,50 ℳ (nummerierter Platz) und zu 3,50 ℳ (nicht nummerierter Platz) zu haben. — Der Beginn des Konzertes ist auf 4½ Uhr festgesetzt.

n. **Die Mitglieder des christl. Metallarbeiter-Verbandes** werden auf die am Donnerstag stattfindende Versammlung hingewiesen.

o. **Bunter Abend.** Zum Besten der **Borromäusbibliothek St. Georg** findet am 16. und 17. November im Arbeitervereinshaus St. Paulus ein **Bunter Abend** (Theater, Reigen usw.) statt. Eintrittskarten zu 1,50 ℳ sind beim Vereinsboten und in der Bibliothek zu haben. Die Veranstaltung wird den Gönnern und Freunden der Bibliothek bestens empfohlen.

r. **Jagdliches.** Die Schonzeit für Rebhühner, Wachteln und schottische Moorhühner beginnen in diesem Jahre mit dem gesetzlichen Termin, also am **1. Dezember.**

*

Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung, die um 4 Uhr im kleinen Saale des Schützenhauses stattfand, hatte eine Tagesordnung, die nicht weniger als 25 Punkte aufwies. Die ersten Punkte wurden derartig durchgepeitscht, daß eine richtige Berichterstattung durchaus unmöglich war.

Den Vorsitz führte Herr Erster Bürgermeister **Wesemann.** Zu Beginn der Sitzung waren 28 Stadtverordnete anwesend.

Zunächst wurde **Punkt 3 der Tagesordnung** erledigt: **Wahlen zu den Ausschüssen.**

Die Zusammensetzung der Kommissionen bleibt bestehen; zur Baukommission wurde Herr Jos. fort hinzugewählt, der die Wahl annimmt, zur Lebensmittelkommission tritt an Stelle des Herrn Biergans Herr Herm. Wolff.

Punkt 5, **Abnahme der Rechnung des von Langenbergschen Armenfonds,** Punkt 6, **Abnahme der Rechnung des Armen- und Waisenhauses,** und Punkt 7, **Abnahme der Rechnung der Entwässerungsanlagen,** wurden debattelos nach der Vorlage angenommen.

Unter Punkt 8, **Annahme von Zuwendungen,** macht der Erste Bürgermeister Mitteilung von einer hochherzigen Stiftung einer hiesigen Firma, die nicht

genannt sein will. Die Firma stiftet den Betrag von 100 000 ℳ für die Erweiterung der Lungenfürsorge, Ausbau der Walderholungsstätte. — Weiter kommt das Testament des verstorbenen Kaufmanns Josef Drießen zur Verlesung, in dem die Kirchengemeinde St. Georg eine Stiftung von 45 000 ℳ für Kranken- und Waisenhaus nach dem Ableben der Eheleute Kemps in Tillburg erhält. Bestimmung und Verwaltung des Legates hat die Kirchengemeinde-

Punkt 10, **Einrichtung einer Hilfskassiererstelle bei der Sparkasse** mit Gehalt von 2200 bis 4000 Mark Die Versammlung stimmte dem Vorschlage zu.

Punkt 11, **Verkauf eines Grundstückes des städtischen Armen- und Waisenhauses an der Kurfürstenstraße, sowie eines Grundstückes des van Langenbergschen Armenfonds in Dingden.**

Die Versammlung erklärte sich mit dem Verkauf für 100 ℳ die Rute einverstanden. Auch der Verkauf des Grundstückes des van Langenbergschen Armenfonds in Dingden für 12 Mark die Rute an Witwe Kruse wird angenommen.

Punkt 12, **Umbau über die Fluchtlinie in der Nobelstraße.** Da es sich nur um eine Ueberschreitung der Fluchtlinie um 5 Zentimeter handelt, wird die Ueberschreitung ohne die übliche Abtretung des Geländes genehmigt.

Punkt 12 und 13, zwei äußerst wichtige Vorlagen, nämlich **Ausbau der Blücherstraße** und **Anlage einer Stadtgärtnerei**, wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 15, **Anlage eines Städtischen Bauhofes.** Bei diesem Punkt der Tagesordnung entspann sich nach der Begründung durch Beigeordneten Herrn Brockhoff, eine eingehende Debatte. Die Vertreter des Mittelstandes beantragten entweder, wie Stv. Wübbeling, die Ablehnung der ganzen Vorlage, oder wie Stv. Imping und Dr. Hammes, die Zurückverweisung an die Kommission. Sie begründeten ihre Ansicht damit, daß durch Schaffung eines Städtischen Lagerhofes die Ausführung städtischer Regiebauten, die eine Schädigung des Baugewerbes bedeuten würde, mit der Zeit sicher kommen würde, und daß wegen der hohen Anlagekosten eine Rentabilität des Unternehmens nicht gegeben sei. Auch sei die Vorlage nicht dringlich, nachdem die Vorteile einer einheitlichen Lagerung von Kohlen, Lebensmitteln usw. würden. Diesen Ansichten wurde von anderer Seite würde. Diesen Ansichten wurde von anderer Seite lebhaft widersprochen, wobei Stv. Hebberling der Meinung war, man müsse sich überhaupt mit dem Gedanken vertraut machen, daß mehr kommunalisiert wird. Da auch die Vertreter der Arbeiterschaft wie der Fabrikanten sich für die sofortige Schaffung des städtischen Lagerplatzes — der Name Bauhof wurde vermieden — aussprachen, war das Schicksal der Vorlage entschieden. Die Abänderungsanträge wurden abgelehnt, die Vorlage der Baukommission mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist also die Erwerbung der Schüringschen Fabrik nebst daran anstoßenden Grundstücken des Fürsten Salm-Salm, im ganzen ungefähr 700 Ruten, beschlossene Sache. Das Projekt kommt auf ungefähr drei Viertel Millionen Mark zu stehen. Das Unternehmen soll sich nach den Voranschlägen selbst verzinsen und amortisieren, durch die Fabrikgebäude ist die Aufführung von Neubauten nicht nötig und durch den Geleisanschluß und die Unterbringung der kostspieligen städtischen Automobile sind weitere Vorteile erzielt. Die Ausführung von städtischen Regiebauten wurde von Seiten der Stadtverwaltung entschieden in Abrede gestellt.

Aus dem weiteren Verlauf der Sitzung wäre noch hervorzuheben, daß Bedarfsüberschreitungen von 490 000 ℳ glatt genehmigt wurden. Ferner wurde eine Erhöhung der Gaspreise von 30 auf 40 ₰ pro Kubikmeter und der Elektrizitätspreise für Licht von 72 auf 85 ₰ und für Kraft von 36 auf 40 ₰ die Kilowattstunde, rückwirkend vom 1. Oktober ds. Js. beschlossen. Ebenso eine Erhöhung der Bezüge der Hilfsarbeiter und Hilfspolizeibeamten und zwar sollen erhalten die Hilfsarbeiter bis zu 25 Jahren 200 bis 275 ℳ Gehalt, bis 35 Jahren 275 bis 350 ℳ und über 35 Jahren 350 bis 450 ℳ. Die Erhöhung soll rückwirkend vom 1. August gelten. Die Hilfspolizeibeamten erhalten eine Gehaltserhöhung von 310 auf 350 ℳ, verheiratete von 335 auf 460 ℳ im Höchstfalle.

Als Schöffen wurden gewählt:

1. Schöffe Gustav Becker, 2. Schöffe Stv. Besenacker, 3. Schöffe Bernhard Hölscher, 4. Schöffe Gustav Krüger.

Den Verhandlungen, die sich sehr in d... gegen, war diesmal besonders schwer zu folgen, weil die Wahlen zwischen die einzelnen Beratungspunkte hineinvorgenommen wurden und das Resultat so fein und rasch verkündet wurde, daß an ein Mitkommen nicht zu denken war. Bei solch ausgedehnten Stadtverordnetensitzungen, die dazu noch so ungemein wichtige und folgenschwere Punkte enthalten, wäre es im Interesse einer glatten Berichterstattung unbedingt notwendig, daß der Presse die nötigen Unterlagen zur Verfügung gestellt würden. Bei dem gemütlichen Plaudertön, der ja für den Stadtverordnetentisch ausreichen mag, ist es sonst nicht möglich, am Pressetisch mit der notwendigen Aufmerksamkeit und Genauigkeit zu folgen. Es wäre zu wünschen, daß das außerordentlich wichtige Zahlenmaterial von den verschiedenen Herren mit mehr Langsamkeit und Deutlichkeit vorgetragen würde, wenn man es nicht vorzieht, auch diese Unterlagen der Presse zur Verfügung zu stellen.

* * *

Soziales.

o. **Verschärfung des Einstellungszwanges für Schwerbeschädigte.** Nach der Verordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. Januar 1919 waren alle öffentlichen und privaten Betriebe, Bureaus und Verwaltungen verpflichtet, auf je 100 Arbeitnehmer einen Schwerbeschädigten oder Schwerunfallverletzten zu beschäftigen. Nur für die Landwirtschaft galt die besondere Bestimmung, daß schon bei je 50 Arbeitnehmern ein Schwerbeschärigter und Schwerunfallverletzter einzustellen sei. Die ungünstige Entwicklung des Wirtschaftslebens, die sich jetzt am Eingang des Winters besonders fühlbar macht, hat die Reichsregierung gezwungen, den Einstellungszwang für Schwerbeschädigte zu verschärfen. Nach einer Verordnung vom 24. September 1919 die am 27. September im Reichsgesetzblatt Nr. 190 veröffentlicht worden ist, wird vorgeschrieben, daß alle öffentlichen und privaten Betriebe, Bureaus und Verwaltungen verpflichtet sind, auf 25 bis einschließlich 50 insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen Schwerbeschädigten und auf je 50 weitere Arbeitnehmer mindestens einen weiteren Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Die besondere Behandlung, die die Landwirtschaft bisher erfahren hatte, wird beseitigt. Auch für sie gelten also künftig die vorstehenden Ziffern. Die Reichsregierung hofft, mit dieser Bestimmung dem dringendsten augenblicklichen Bedürfnis Genüge zu tun. Im übrigen geht der Entwurf zu dem Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter in diesen Tagen dem Reichsrat zu. Es ist zu hoffen, daß Reichsrat und Nationalversammlung in der Lage sein werden, dieses Gesetz mit der möglichsten Beschleunigung zu erledigen, damit anstelle der vorläufigen Regelung baldigst eine endgültige Gestaltung tritt.

Büchertisch.

Hammann, „Um den Kaiser". Der frühere Presseleiter im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Hammann läßt soeben seinen beiden Erinnerungsbänden: „Der neue Kurs" und „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges" im Verlage von Reimar Hobbing, Berlin, einen dritten unter dem Titel: „Um den Kaiser" folgen. (Original-Ausgabe gebunden 8 Mark, Einfache Ausgabe 5 Mark). Der Verfasser umfaßt in der inneren Politik die Zeit des Blockes der Liebenberger Tafelrund, des November-sturmes gegen den Kaiser und der Vorgänge beim Rücktritt des Fürsten Bülow, in der Auswärtigen Politik die Zeit des englisch-russischen Vertrages über Centralasien, der in seinen Folgen der Bismarckschen Politik der zwei Eisen ein Ende machte, und der bosnischen Krisis, die der Verfasser als den Vorboten des Weltkrieges darstellt. Hier wie dort erhält der Leser eine Reihe neuer Aufschlüsse über wenig oder gar nicht bekannte höfische und diplomatische Vorgänge. Ueberall aber begegnen wir den Ausstrahlungen des persönlichen Regiments unter Wilhelm II. Ein Epilog gibt eine zusammenfassende, in mancher Beziehung überraschende Schilderung des Charakters des Kaisers. Auch die Frage seiner Schuld am Kriege wird berührt, jedoch in ganz anderem Sinne als die Machthaber der Entente wähnen, die seine Auslieferung fordern. Wahrscheinlich wird dieser Epilog von vielen Deutschen mit starkem inneren Anteil gelesen werden und im Auslande zu besserem Verständnisse unserer Zustände beitragen. Zu haben bei J. u. A. Temming Bocholt.

Neueste Telegramme.

Der Bergarbeiterstreik in Amerika.

TU. **Washington**, 27. Okt. Den Bergarbeitern wird mitgeteilt werden, daß der Streik am 1. November beginnt. Präsident Wilson hat eine vom Kabinett genehmigte Erklärung veröffentlicht, in der gesagt wird, daß der Ausstand der Bergarbeiter nicht gerechtfertigt und ungesetzlich sei, und die Führer ermahnt werden, den Aufruf zum Streike zu widerrufen. Der Präsident sagt, daß das Gesetz in Wirksamkeit treten würde und Mittel gefunden werden würden, um die Nation zu schützen. Das Kabinett hat beschlossen, daß eine neue Industrie-Konferenz stattfinden soll, um die Bestrebungen zur Sicherung des industriellen Friedens zu sichern. Gompers hat mitgeteilt, daß die American Federation of Labor bald eine Versammlung der Arbeiterorganisationen zwecks Besprechung der industriellen Lage einberufen werde.

Bulgarischer Einspruch.

TU. **Paris**, 27. Okt. (Reuter). Die bulgarische Antwort auf die Friedensbedingungen des Verbandes erhebt Einspruch gegen die Höhe der geforderten Entschädigungen. Sie erklärt ferner, daß eine Freiwilligenrekrutierung niemals eine genügende Streitmacht aufbringen würde, um die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten.

Gasgeschoßexplosion.

WTB. **Berlin**, 28. Okt. (Drahtb.) Von der Kommandantur des Gasplatzes Breloh ging dem Munsterlager folgende Meldung zu: Am 24. Oktober, vormittags 11 Uhr entstand aus bisher unbekannter Ursache auf dem Gasplatze Breloh (Lüneburger Heide) eine Explosion von Gasgranaten. Die Explosion griff weiter um sich und vernichtete weitere Stapel der Gasmunition und zugehörige Schuppen, blieb aber auf zwei Werke beschränkt. Wegen der sich entwickelnden Gasschwaden mußten einige gefährdete Dörfer vorübergehend geräumt werden, aber nur auf einige Stunden. Ebenso mußte der Bahnverkehr vorübergehend unterbrochen werden. Die Gefahr kann als beseitigt gelten. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Deutsche Beschwerden.

WTB. **Berlin**, 28. Okt. (Drahtb.) Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, bestätigt sich die Nachricht von dem Einzug polnischer Truppen in Thorn nicht. Die deutsche Regierung wurde in Paris erneut wegen der Beschleunigung der Heimbeschaffung unserer Gefangenen vorstellig.

Belgischer Rachedurst.

WTB. **Brüssel**, 28. Okt. (Drahtb.) Der Ministerrat hat eine 1155 Namen enthaltende Liste von deutschen Zivil- und Militärpersonen gutgeheißen, deren Auslieferung verlangt werden soll. Die Liste wird nach Paris geschickt werden.

Der Friede mit Uruguay.

WTB. **Amsterdam**, 28. Okt. (Drahtb.) Telegraph meldet nach der Times aus Montevideo, daß der Präsident der Republik Uruguay am 26. Oktober den Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnete und ein Dekret erließ, wodurch die politischen und kommerziellen Beziehungen zu Deutschland wieder hergestellt werden.

Die Wahlen in Luxemburg.

TU. **Luxemburg**, 28. Okt. (Drahtb.) Die Wahlen zur luxemburgischen Kammer hatten folgendes Ergebnis: 23 Nationale, 17 Sozialisten, 7 Radikale, 4 nationale Unabhängigen und zwei Angehörige der unabhängigen Volkspartei.

Wilsons Erbe.

TU. **Amsterdam**, 28. Okt. (Drahtb.) Wie aus Washington gemeldet wird, hat Senator Poidexter sich bereit erklärt, eine Kandidatur der republikanischen Partei für die Präsidentenschaft anzunehmen.

Unruhen in Aegypten.

TU. **Amsterdam**, 28. Okt. (Drahtb.) Nach einem Telegramm aus Kairo dauern die Unruhen in Aegypten fort. Am Montag kam es zu großen Kundgebungen in den Straßen Alexandriens. Die Schutzmannschaft trieb die Umzügler, unter denen sich viele Studenten befanden, auseinander.

Gefährdung des Friedensvertrages in Amerika.

TU. **London**, 28. Okt. (Drahtb.) Times meldet aus Washington, daß zum erstenmale, seit die Debatte über den Friedensvertrag begonnen hat, die Möglichkeit gegeben ist, daß der Senat den Friedensvertrag nicht bestätigt und die Vereinigten Staaten den Völkerbund nicht beitreten. Die ernste Lage ist durch die Vorbehalte geschaffen worden, die der republikanische Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und der Senator Read beantragt haben.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil Jos. Hobbach, für das Feuilleton, den Reklame- und Anzeigenteil Heinrich Temming, beide in Bocholt.

JEDE SORGE
wegen
schadhafter Dächer
beseitigt
AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 9

Kartoffelversorgung.

An **Haushaltungen, die nicht einkellern,** werden **gegen Vorlegung der Kartoffelbezugskarte** je Person 40 Pfund Kartoffeln zum Gesamtpreise von 4,80 ℳ für die Zeit bis zum 22. November einschließlich an der Ausgabestelle Ewaldstraße verabfolgt.

Die zustehende Menge beträgt 39 Pfund; das zur Abrundung mehr zugeteilte 1 Pfund wird bei der nächsten Ausgabe mitverrechnet.

Bezahlung der Kartoffeln hat vorher in abgezählten Gelde an der Kasse im Speiseraum der **Kriegsküche**, Kaiser-Wilhelmstraße, zu erfolgen.

Reihenfolge: Lebensmittelbuchnummern:

1—2000 Donnerstag, 2001—4000 Freitag, 4001 bis 6000 Samstag, je vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr.

Solche Haushaltungen, die Kartoffeln zur Einkellerung von der Stadt beziehen wollen, bisher aber noch nicht beliefert werden konnten, können gegen Vorlage der Kartoffelbezugsscheine bezw. Gutscheine an der Kasse kleinere Mengen schon vorab erhalten.

Bocholt, den 28 Oktober 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützung für die erste Hälfte des Monats November findet Donnerstag, den 30. d. M.,

nachmittags von 3—5½ Uhr,

im früheren Stadtverordnetensitzungssaale am Gasthausplatz statt.

Bocholt, den 29. Oktober 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Jagdpachtgelder aus den Jahren 1916, 1917 und 1918 findet statt in der Zeit vom 29. Oktober bis 4. November ds. Js. im oberen Kassenraume der Stadtkasse, Gasthausplatz.

Beträge, welche während dieser Zeit nicht abgeholt werden, werden der Kasse des Bocholter Verbandes für Armenpflege und Wohltätigkeit (Lungenfürsorgestelle) zugeführt.

Bocholt, den 28. Oktober 1919.

Der Jagdvorsteher:
(Der Erste Bürgermeister.)

Bekanntmachung.

In den Mehlverkaufsstellen wird auf die unterste 3-Marke des Brotbuches 187½ Gramm Weizenmehl ausgegeben.

Ferner werden auf Marke M. des Brotbuches 470 Gramm amerikanisches Roggenmehl zum Preise von 70 Pfennig das Pfund ausgeteilt.

Bocholt, den 27. Oktober 1919.

Der Amtmann: Laing.

Fortfall der Brotstreckungskartoffeln.

Auf Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums soll vom 1. November 1919 ab von einer Brotstreckung mit Frischkartoffeln abgesehen und sollen dafür als Ersatz Mehlzulagen gegeben werden. Die hierdurch freiwerdenden Kartoffelmengen sind zur Deckung des Bedarfs noch nicht versorgter Personen in Anspruch zu nehmen.

Soweit die versorgungsberechtigte Bevölkerung Kartoffeln eingekellert hat, ist dieselbe verpflichtet, die Brotstreckungskartoffeln mit 57½ Pfund je Kopf sicherzustellen und, sobald die Aufforderung hierzu ergeht, wieder abzuliefern.

Borken, den 27. Oktober 1919. 8811

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Bekanntmachung.

Die Ankörung derjenigen Ziegenböcke im Kreise Borken, die zur Zucht gebraucht werden sollen, findet von Samstag den 1. November ds. Js. ab für jeden Bock am Ort der Bockstation des Ziegenzuchtvereins statt. Die Bockbesitzer werden aufgefordert, die anzukörenden Böcke zu den bei den Bockstationen zu erfragenden Terminen der Körkommission vorzuführen.

Es wird gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die vorjährig angekörten Böcke der Kommission wieder vorgeführt werden müssen, falls dieselben zum Decken weiter benutzt werden sollen.

Borken, den 24. Oktober 1919.

Der Landrat.

Infolge bedeutend gesteigerter Unkosten sehen sich die Unterzeichneten gezwungen,

Leichenfahrten

in Zukunft wie folgt zu berechnen:

Einspännig 16 Mark,
Zweispännig 35 „

Die Handerer und Sargmagazine von Bocholt.

Wir sehen uns genötigt, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß mit Rücksicht auf die erhöhten Unkosten und die bevorstehende Erhöhung der Arbeitslöhne vom 1. 11. d. J. ab mit einer Erhöhung unserer An- und Abfuhrsätze von 50% zu rechnen ist. Der neue Tarif wird sofort nach Fertigstellung bekannt gegeben.

Verein Bocholter Spediteure und Fuhrunternehmer.

Mittwoch morgen 9 Uhr am Zollamt 1 Waggon = 300 Zentner

Weißkohl

Zentner Mark 8.—

Louis Goedthardt,
Jakob Goedthardt.

Wer kauft monatlich einige Waggons verzinkter Geschirre, erstklassiges Fabrikat? Interessenten wollen sich unt. **T 8801** an die Expedition d. Bl. wenden.

2 oder 3
Kostgänger
gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

2 guterhaltene kupferne
Pumpen
sowie 1 Kopierpresse
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Speitassen
für Kranke
empfiehlt die
Drogerie Bruns

Eine schwerkalbende

Kuh
zu verkaufen oder gegen ein Rind zu vertauschen.
Heinrich Hitpaß,
Krechting.

Ein guterhaltener
Herd
zu verkaufen.
Steinstr. 21.

Habe noch mehrere junge
Schweine
zu verkaufen.
Johann Terhardt
Sport.

Bienenstand
mit 6 gut eingewinterten Kastenvölkern u. sonstigem Zubehör zu verkaufen.
Näheres
Dingdenerstraße 17.


Ein 1½jähr. rotbunter
Stier,
zur Zucht geeignet, zu verkaufen. Näh. i. d. Geschäftsstelle u. bei Jos. Heinrichs-Rhede.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, meinen innigstgeliebten Mann, unsern herzensguten, treusorgenden Vater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager u. Onkel, den

Färbereibesitzer

Heinrich Giesler

heute nachmittag um 5 Uhr zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen. Er starb nach kurzer, schwerer, geduldig ertragener Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 38 Jahren.

Um ein stilles Gebet für den teuren Verstorbenen bitten

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Heinrich Giesler,
Johannna geb. Franck.
Marta Giesler,
Erich Giesler,
Paul Giesler,
Walter Giesler,
Rudi Giesler,
Hildegard Giesler,
Heinrich Giesler.

Bocholt, Rhede, Groenlo (Holland) u. München, den 27. Oktober 1919.

Das feierliche Seelenamt findet am **Freitag**, dem 31. Okt., morgens 8 Uhr in der **Liebfrauenkirche** statt, daran anschließend die Beerdigung vom St. Agnes-Hospital aus, wozu freundlichst eingeladen wird.

---

†

Das Jahres-Seelenamt

für das verstorbene

Fräulein Josephine Bußhaus

aus Dingden findet am Donnerstag, dem 30. Oktober, um 8 Uhr in der Pfarrkirche statt, wozu freundlichst eingeladen wird.

STATT KARTEN

Die glückliche Geburt eines kräftigen

Jungen

zeigen hocherfreut an

II. Bürgermeister Dr. Alff und Frau,
Julia geb. Häffer.

Bocholt, den 27. Oktober 1919.

Cäcilien-Verein Liebfrauen
BOCHOLT.

Donnerstag, den 30. Oktober:
3. und letzte Aufführung
des

Marienlob

Oratorium mit lebenden Bildern
im **Saalbau des Schützenhauses**
Einlaß 7 Uhr. Beginn 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Christl. Metallarbeiter-Verband.

Donnerstag abend 8½ Uhr
in „Stadt Münster":

Große Mitglieder-Versammlung.

Auswärtiger Referent.

Der Vorstand.

Ein Waggon prima

Weisskohl

und prima rote

Speisemöhren

angekommen.

Der Verkauf findet **Donnerstag morgen 9 Uhr** im Abladegleise statt.

Engelbert Giesers.

Aufrichtig!

Junger Mann (Arbeiter), kath., 31 J., mit einigen tausend Mk. Ersparn., wünscht auf diesem Wege mit einem einf. kath. Mädchen im Alter von 24—30 Jahren näher bekannt zu werden zw. spät. **Heirat.** Es mögen sich nur solche melden, die wirklich nach ein stilles und häusl. Familienglück streben. Angebote, womöglich mit Bild unter **B. 501** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten. Verschwiegenh. Ehrensache

---

Ein tüchtiger

Schmiede-Geselle

gesucht bei gutem Lohn und dauernder Stellung.

Fr. Wolf, Duisburg, Friedensstr. 54.

Fast neuer

Jünglings-Anzug

(Friedensware) zu verkaufen

Näheres Geschäftsstelle

Ein gut erhaltenes

Herren-Fahrrad

mit Gummibereifung preiswert zu verkaufen. 8840

Nobelstraße 8.

Eine gut erhaltene

Hobelbank

zu verkaufen. 5138

H. Kolks, Wittekindstr. 7.

Crimmer-Pelz u. Muff

wie neu, zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle

Ein Küchenschrank, 2 Militärröcke

und eine

Wiener Harmonika

preiswert zu verkaufen.

Rosenkriege 5.



Empfehle mich zum

Privatschlachten.

Reinhard Brands, Barloer Weg 6.



Empfehle mich zum

Privatschlachten.

Philipp Kohlbecher jun., Viktor[illegible]straße 54.

Urinflaschen
für Kranke
empfiehlt die
Drogerie Bruns

Ein Waggon **gelbe**

Möhren

zu verkaufen.

Näheres **Kirchstr. 3.**

Eine junge, milchgebende

Ziege

zu verkaufen. 5442

Näheres Geschäftsstelle.

Am Sonntag abend im Gebbing'schen Saale oder von Gebbing zum Allerhöchsten eine

goldene Brosche

(zwei Ohrringe, Andenken) **verloren.** Wiederbringer erhält gute Belohnung.

Näheres Geschäftsstelle.

Wiederholte Aeußerungen meiner Frau lassen bestimmt darauf schließen, daß sie mich böswillig verlassen und die Wohnungs-Einrichtung gegen meinen ausdrücklichen Willen verkaufen will.

Ich warne hiermit, von meiner Frau etwas zu kaufen, andernfalls ich Anzeige erstatten werde.

Alois Bläker,
Langenbergstraße 60.

Es werden mehrere

Mädchen

für Küche u. Landwirtschaft gesucht. 8823

Kath. Mädchenschutzverein.

Meldungen Mittwoch von 9—10 Uhr im Hospiz.

Tüchtiges

Alleinmädchen

in kleinem Haushalt (3 Personen) zum 1. November oder später gesucht.

Frau Emil Langerding, Friedenstraße 4.

Ein properes 8833

Mädchen

für nachmittags gesucht. **Näheres Nordstr. 16.**

Ein junges 5440

Mädchen

von 14—15 Jahren gesucht **Ravardstr. 6.**

Für sofort ein ordentliches

Mädchen

gesucht. Gute Verpflegung und Lohn.

Louis Goedhardt, Nordstraße 26.

Braves, zuverlässig. kath.

Mädchen

welches Wert auf gute und längere Stellung legt, baldmöglichst gesucht.

J. Schopper, Emmerich, Hindenburgwall.

Besseres Mädchen,

22 Jahre, sucht Stellung bei Familienanschluß in kleinem Haushalt, wo auch Gelegenheit geboten ist, die Küche zu erlernen.

Offerten unter **E 8845** an die Geschäftsstelle.

Landwirtstochter, kath., sucht

Stellung

zur Erlernung des Haushalts, am liebsten auf dem Lande.

Näheres Geschäftsstelle.

---

1 Schneidergehilfe

welchem Gelegenheit geboten wird, sich in selbständiges Arbeiten auszubilden, beim Meister allein gesucht, oder ein selbständiger Gehilfe bei Familien-Anschluß.

Zu erfr. **Nordstr. 48.**

Musik-Verein Bocholt.

Das Holtschneider-Konzert

(Dortmunder Madrigal-Chor, gemischter Chor)

findet am **Samstag** (am Allerheiligenfeste), **dem 1. November, nachm. 4½ Uhr** im **Saalbau des Schützenhauses** statt. Die bereits gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit, **müssen** aber in den Buchhandlungen Aloys Valk (rechte Saalseite) und Jos. Neyenhaus (linke Saalseite) **umgetauscht** werden.

Dort und an der Kasse sind noch Karten zu 4,50 Mk. (nummerierter Platz) und zu 3,50 M. (nicht nummerierter Platz) zu haben.

Der Vorstand.



Ullstein Schnittmuster erfreuen die Frauen

und sind erhältlich bei

S. B. Löwenstein.

Rennen zu Buldern

(Kreis Coesfeld).

Donnerstag, den 30. Oktober 1919,
nachmittags 12½ Uhr,
auf der Freih. von Romberg'schen Besitzung
5 Minuten von Station Buldern.

2 Herrenrennen. 2 landw. Rennen.
2 Querfeldeinrennen. 1 Ponyrennen.
Springkonkurrenzen etc.

Sehr zahlreiche Nennungen!

Bahnverbindungen äußerst günstig!

Raum und Kraft

für 100—150 Webstühle

zu mieten oder Fabrikgebäude zu kaufen gesucht.

Offerten unter **S. 7734** an die Annoncen-Exped. **Aug. Rolef,** Münster i. W.

Verkauf

von Vieh, landw. Maschinen, Geräten und Herbstfutter.

Am Donnerstag, dem 6. November, morgens 10 Uhr anfangend, verkaufe ich im Auftrage des Herrn Joh. Knuf auf dem Gute Ibing (bei der Schlatt'schen Dachziegelei) in Crommert, Amt Rhede:

1 Ackerpferd (Stute), 2 milchgebende Kühe, 1 Stier, 2 Kälber, 4 Schafe, 1 guter, großer Kettenhund, 1 Brett-Dreschmaschine mit Göpel, 1 Mähmaschine mit Heurechen, 1 Wender, 1 Ackerwalze, 1 Ackerwagen, 3 lange Karren, 1 Sturzkarre, 2 Pflüge, mehrere Eggen, 1 Waschmaschine, 1 Manteltopf (200 L.), 1 Hausbackofen, mehrere Milchbüchsen, Fässer, Kübel und sonstige Geräte, ferner mehrere 1000 Pfund Herbstfutter, wie Wurzeln, Knollen und Steckrüben

öffentlich auf **Kredit.**

Gegenstände bis 10 M. sind sofort zu zahlen.

Wilhelm Tepasse, Rhede, amtl. Versteigerer.

Theater

heute (Mittwoch) abends 8 Uhr im Vereinshause, Hohenzollernstr.

1.

Der Minnesänger.

Komische Operette (Soli u. Chor).

2.

Schulten Dina

oder

Soßt nu glöwen und beläwen.

Volksstück mit Gesang.

3.

Die erste Nacht in der neuen Wohnung

Humoristische Duoscene.

Einlaßkarten für Mitglieder und Fremde: 1,10 Mark an der Kasse.

Es ladet freundlichst ein

Die Gesangabteilung des kath. Arbeitervereins St. Joseph.

Apollo-Theater.

Spielplan

Mittwoch und Donnerstag.

Nur 2 Tage! Nur 2 Tage!

1.

Die ausgezeichnete Verfilmung des vielgelesenen Romans von **Ohnet**

Der Hüttenbesitzer

Schauspiel in fünf Akten.

Gespielt von Budapester Hofschauspielern.

2.

„Es soll ein Schwert durch deine Seele dringen."

Trauerspiel in drei Akten mit einem Vorspiel und einem Nachspiel.

Regie: Ernst A. Becker.

Erstklassige Rollenbesetzung: **Carl Auen, Sonja Karnowska** und **Käthe Dorsch.**

Nur 2 Tage! Anfang 5 Uhr. Nur 2 Tage!

Freitag neuer Spielplan.

Henny Porten. Henny Porten.

Streng reell!

Zwei blonde Damen, kath., denen es an Herrenbekanntschaft fehlt, suchen auf diesem Wege mit 2 anständigen Herren in fester Lebensstellung bekannt zu werden zwecks späterer Heirat.

Angebote womöglich mit Bild unter **S. 201** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb. Verschwiegenheit Ehrensache

---

Witwer, kath., 43 Jahre mit gutem Beruf, sucht die

Bekanntschaft

eines älteren Fräuleins, Witwe nicht ausgeschlossen.

Offerten unter **B. 502** an die Geschäftsst.

Die Beleidigung, die ich gegen M. V. ausgesagt habe, nehme ich hiermit zurück.

Heinrich Mittelkamp.

M.-G.-V. Sängerbund.

Heute (Mittwoch) punkt 9 Uhr:

Probe

Portemonnaie

mit Brotmarken und Geld

gefunden.

Näheres Geschäftsstelle.

Am Sonntag nachmittag eine neue blaue

Knabenmütze

im Nordwall **verloren.**

Gegen Belohnung abzugeben **Nordwall 69.**